

der größte Teil der Weltheroinproduktion) durch mehrseitige Vereinbarungen gestärkt.

Drogenhandel und Drogenkonsum sowie Folgeprobleme wie AIDS-Infektionen haben in einigen südwestchinesischen Provinzen (besonders in Yunnan) in den letzten Jahren besorgniserregende und sozial bedrohliche Ausmaße angenommen. Die Zentralregierung bemüht sich nun in Abstimmung mit den betroffenen Provinzbehörden, der grassierenden Drogenkriminalität durch drakonische Polizeimaßnahmen, Hinrichtungsserien und durch Aufklärungskampagnen Herr zu werden. Mehrere ländliche Hochburgen des organisierten Drogenhandels in Yunnan sind inzwischen durch auswärtige Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei unter militärischer Leitung zerschlagen worden.
-hei-

Kultur und Gesellschaft

*(14)

Sozialwissenschaftliche Forschung

Für die sozialwissenschaftliche Forschung Chinas während der Jahre 1996-2000 (9. Planperiode) sind jetzt die Weichen gestellt worden. Obwohl über die Projekte im einzelnen keine Informationen vorliegen, lassen sich aus den offiziellen Verlautbarungen doch einige Tendenzen ablesen. So scheint die Partei wieder stärkeren Einfluß auf die sozialwissenschaftliche Forschung zu nehmen. Ihre Einflußnahme hat sie zwar nie aufgegeben, aber sie fühlt sich gegenwärtig herausgefordert. Der Grund liegt darin, daß in der sozialwissenschaftlichen Forschung, die immer als Hüterin marxistischer Methodik galt, zunehmend auch andere Methoden geduldet wurden, was zu einer gewissen Methodenvielfalt führte. Das Unbehagen der Partei brachte kürzlich Wang Renzhi, Vizepräsident der Akademie der Sozialwissenschaften, auf der jährlichen Arbeitstagung der Akademie zum Ausdruck, auf der er erklärte, die grundlegenden Theorien des Marxismus würden durch vielerlei Faktoren herausgefordert; er appellierte an die Sozialwissenschaftler, sich in ihrer Forschung stärker auf die marxistische Lehre zu stützen. Auf der Tagung wurde der Entwurf für den Forschungsplan der Akademie der Sozialwissenschaften für die Jahre 1996-2000 vorgelegt. Dar-

in ist vorgesehen, die marxistische Forschung dadurch zu stärken, daß eine Gruppe jüngerer Wissenschaftler (die Rede ist von 300), die die Grundtheorien des Marxismus beherrschen, besonders gefördert werden soll. Dem Forschungsplan zufolge soll sich die Akademie wieder zu einer Hochburg des Marxismus entwickeln. (XNA, 16.1.96; SCMP, 17.1.96)

Allgemein erging an die Sozialwissenschaftler der Aufruf, sich vom Marxismus-Leninismus, dem Mao-Zedong-Denken und Deng Xiaopings Theorie vom Sozialismus chinesischer Prägung leiten zu lassen, an der Anleitung durch die Partei festzuhalten und sich den wichtigen Fragen zu widmen, die sich in den kommenden Jahren im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ergeben werden. Ihre Projekte sollen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen, sie sollen praxisnah sein, doch soll auch die Grundlagenforschung nicht vernachlässigt werden - ähnlich wie in der naturwissenschaftlichen Forschung. (Vgl. GMRB, 5.1.96)

Im übrigen soll die sozialwissenschaftliche Forschung offensichtlich aufgewertet und ihre Bedeutung wieder stärker herausgestellt werden. Seit Beginn der Reformpolitik mit ihrem Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen Entwicklung sind einseitig die Natur- und technischen Wissenschaften betont worden, während die Sozialwissenschaften mehr oder weniger ein Schattendasein fristen und unter Personalabbau und Geldmangel leiden. Zwar dürfte sich an den materiellen Einschränkungen auch in den kommenden Jahren wenig ändern, aber zumindest ideell erfahren sie eine Aufwertung. So wird in einem Grundsatzartikel über die Entwicklung der Sozialwissenschaften (vgl. GMRB, 20.1.96, S.8) Jiang Zemin mit folgenden Worten zitiert: "Wissenschaft umfaßt selbstverständlich die Sozialwissenschaft. Naturwissenschaft ist die Wissenschaft von der Erkenntnis und Umgestaltung der Natur durch die Menschheit, Sozialwissenschaft die Wissenschaft von der Erkenntnis und Umgestaltung der Gesellschaft und vom Fördern des gesellschaftlichen Fortschritts durch die Menschheit." Beide sind also gleich wichtig, im Grunde, so legt der Artikel nahe, sind die Sozialwissenschaften sogar noch wichtiger; denn über die Vermittlung von Erkenntnis und Fähigkeiten, die sowohl Sache der Natur- als auch der Sozialwissenschaften sei, hätten letztere noch weitaus mehr Aufgaben, nämlich die Anschauungen zu ver-

ändern, richtige Lebensauffassung, Wertvorstellungen und Weltanschauung zu etablieren sowie den Arbeitsaktivismus, das Verantwortungsgefühl und die Schöpferkraft der Werktätigen zu steigern. Doch nicht nur die ideologische Domäne obliegt den Sozialwissenschaften, sie sind auch für mittelbar der Wirtschaft dienliche Bereiche zuständig. Als Beispiel wird in diesem Zusammenhang angeführt, daß die Arbeitsproduktivität nicht nur von den Arbeitsbedingungen und dem technischen Niveau abhängt, sondern auch vom Management, und dieses wiederum berühre verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen wie Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Psychologie, Systemtheorie, Informatik, Kybernetik usw.

Daneben werden den Sozialwissenschaften in dem Artikel zwei weitere wichtige Aufgaben zugewiesen, nämlich zum einen die Verbreitung der Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung, zum anderen die Förderung von Reform, Entwicklung und Stabilität. Auch bezüglich dieser beiden Aufgaben wird die Doppelfunktion der Sozialwissenschaften deutlich: Auf der einen Seite sollen sie die Ideologie festigen, auf der anderen Seite sollen sie der Wirtschaft und allgemein der Modernisierung dienen, also letztlich der Politik. Sie sollen sich aktuellen Problemen und Brennpunkten der Gesellschaft widmen, kurzum, sie sollen praxisrelevant sein. Indirekt wird Kritik an traditioneller Geisteswissenschaft geübt, wenn es heißt, man müsse von der Vorstellung Abschied nehmen, sozialwissenschaftliche Forschung befasse sich nur mit der Exegese der Klassiker und der Erforschung der Geschichte. Gerade diese beiden Betätigungsfelder haben sich in den vergangenen Jahren sehr stark ausgeweitet und sind für viele Wissenschaftler zu einer Art Refugium ohne nennenswerte ideologische Zwänge geworden. Von Parteiseite (und zweifellos auch von seiten der orthodox-marxistischen Führung der Akademie der Sozialwissenschaften) wird diese Art von Forschung mißbilligt; die Befassung mit den konfuzianischen Klassikern beispielsweise wird nur insoweit gutgeheißen, als diese für die Gegenwart nutzbar gemacht werden.

Gegenwärtig scheint der Freiraum für die Sozialwissenschaftler zugunsten stärkerer ideologischer Ausrichtung weiter eingengt zu werden. Die Richtlinien für Forschungsanträge im Bereich der Sozialwissenschaften beispielsweise lassen keine Lockerung erkennen. Den

größten Einfluß kann der Staat über die Forschungsfinanzierung nehmen. Ähnlich wie bei wichtigen Projekten naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung finanziert der Staat auch in den Sozialwissenschaften bestimmte Schwerpunktprojekte. Wie es heißt, sollen die begrenzten Geldmittel in 50 Fächer von prioritärer Bedeutung fließen (vgl. GMRB, 16.1.96, S.2). Um welche es sich dabei handelt, wurde nicht gesagt, aber ohne Zweifel hat bei der Auswahl die Partei ein entscheidendes Wort mitzureden. Auch an der Akademie der Sozialwissenschaften werden die begrenzten Ressourcen gezielt eingesetzt, nämlich für insgesamt 178 Schwerpunktprojekte; darunter fallen Projekte in den Bereichen Internationale Politik und Außenwirtschaft, ferner bis zum Jahr 2000 die Entsendung von 250-270 Wissenschaftlern zu Studienzwecken ins Ausland und der Anschluß ans Internet (XNA, 18.1.96).

In den verschiedenen Verlautbarungen zur sozialwissenschaftlichen Forschung, wie sie zu Beginn des 9. Fünfjahrplans geäußert wurden, kommt deutlich die Absicht der offiziellen Seite zum Ausdruck, den Sozialwissenschaften wieder stärkere Bedeutung beizumessen. Dies muß einerseits als Vorteil gesehen werden, von dem die Sozialwissenschaften profitieren können, andererseits aber ist damit ohne Frage eine stärkere Kontrolle durch die Partei und eine entsprechende Ideologisierung verbunden. Allerdings wird es kaum zu einer streng marxistischen Reideologisierung kommen, denn die nun gültige "Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung" läßt dem Forscher relativ breiten Spielraum. -st-

*(15)

Freie Schulwahl soll unterbunden werden

Eines der gegenwärtig meistdiskutierten Probleme im Schulwesen Chinas ist die Frage der freien Schulwahl. Diese hat sich in den letzten Jahren immer mehr eingebürgert, obwohl im Schulpflichtgesetz verfügt wird, daß Schüler im Schulpflichtalter grundsätzlich die Schule in der Nähe ihrer Wohnung besuchen müssen (Art.9). Dies bedeutet, daß für die Grundschule und die Untere Mittelschule keine freie Schulwahl besteht. Da jedoch das Niveau der Schulen in China sehr unterschiedlich ist, schicken viele Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder auf bessere Schulen und nehmen in Kauf, daß sie für diese Schulen vielfach hohe Gebühren

zahlen müssen - trotz grundsätzlicher Schulgeldfreiheit im Pflichtschulbereich. Mit Blick auf einen späteren Studienplatz an einer angesehenen Universität tun die Eltern alles, um ihren Kindern eine optimale Schulbildung zu bieten. Diese Praxis wird aus zwei Gründen kritisiert: Zum einen verfestigt sie die Unterschiede im Bildungswesen, zum anderen durchbricht sie das Prinzip des Pflichtschulbesuchs in der Nähe der Wohnung.

Beide Erscheinungen, daß für Bildung im Rahmen der neunjährigen Schulpflicht Schulgeld und Gebühren erhoben werden, man also für Geld eine bessere Bildung erwerben kann, und daß einige - nämlich Wohlhabende - für sich die freie Schulwahl in Anspruch nehmen, sind bislang von der Regierung gebilligt worden. Zwar ist beides im Schulpflichtgesetz verboten, aber solange die Verhältnisse noch nicht gegeben sind, d.h. solange die Schulen tatsächlich so große Unterschiede aufweisen, nimmt der Staat diese Erscheinungen in Kauf mit der Maßgabe, sie über kurz oder lang abzuschaffen. Das heißt, offiziell werden beide Erscheinungen als Übergangsphänomen gesehen. Kritik an der Praxis der freien Schulwahl ist in den vergangenen Jahren immer wieder aufgekommen. Mittlerweile scheint sich in der Bevölkerung der Unmut so gesteigert zu haben, daß man von offizieller Seite reagieren muß. Die *Volkszeitung* veranstaltete im Januar eine Tagung zu diesem Problem (RMRB, 12.1.96) und will über mehrere Wochen in ihrer Zeitung ein Forum zur Diskussion der Problematik bieten (vgl. RMRB, 22.1.96).

Auf der Tagung, an der u.a. Vertreter der Erziehungsbehörden teilnahmen, wurde allgemein anerkannt, daß das Problem zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwer zu lösen ist. Von offizieller Seite wurde auf die Zuständigkeit der Lokalregierungen verwiesen. Diese wurden aufgerufen, die schwachen Schulen zu stärken, das Niveau der Schulen anzuheben und die starken Unterschiede in der Qualität der Bildung aufzuheben. Als Angelpunkt hierfür wurde die Anhebung des Niveaus der Lehrer herausgestellt.

Tatsächlich hat die Zentralregierung keine Handhabe, Schulgebühren und freie Schulwahl abzuschaffen. Sie hat den gesetzlichen Rahmen in Form des Schulpflichtgesetzes vorgegeben, aber für die Durchführung der Bestimmungen sind die Provinz- und Kreisregierungen verantwortlich. Da diese über

unterschiedliche Finanzausstattungen verfügen, also nicht alle in der Lage sind, das Schulwesen zu verbessern, werden die Möglichkeit der freien Schulwahl und das Problem der Elitebildung weiterhin gegeben sein.

In Shanghai, das über ein gut entwickeltes Schulwesen verfügt, wurden kürzlich Bestimmungen für den Übergang in die Untere Mittelschule erlassen, die auch eine Lösung des Problems der freien Schulwahl einschließen. In dem Dokument wird verfügt, daß dort, wo die neunjährige Schulpflicht bereits eingeführt ist, die Aufnahmeprüfung in die Untere Mittelschule abzuschaffen ist und die Schüler auf die entsprechende Mittelschule in der Nähe ihrer Wohnung gehen müssen. Dort, wo die Bedingungen für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht im wesentlichen geschaffen worden sind, sollen die Bestrebungen dahin gehen, alle Schüler ab diesem Jahr die für die zuständige Schule besuchen zu lassen. In Gegenden, wo die Bedingungen noch nicht gegeben sind, soll die Mehrzahl der Schüler möglichst sie zuständige Schule in Wohnnähe besuchen. (RMRB, 24.1.96) Andere Provinzen werden nach dem Vorbild der Shanghaier Bestimmungen ähnliche Regelungen erlassen. Dies bedeutet, daß das "Übergangsphänomen" weiter bestehen wird, da seine Abschaffung je nach den örtlichen Bedingungen zeitlich gestaffelt ist. -st-

*(16)

Auslandsstudenten: Rückkehrverpflichtung und Kautions

Aus öffentlichen Mitteln finanzierte Auslandsstudenten müssen sich künftig vertraglich zur Rückkehr nach China verpflichten und außerdem vor Verlassen des Landes eine Kautions hinterlegen. Entsprechende verschärfte Bestimmungen für das Auslandsstudium gab die Staatliche Bildungskommission im Januar 1996 bekannt (RMRB, 24.1.96). Die Neuregelung des Auslandsstudiums wurde damit begründet, daß die Qualität der vom Staat entsandten Auslandsstudenten seit Mitte der achtziger Jahre abgenommen habe, daß "einige Studenten" nach Abschluß ihres Studiums im Ausland nicht rechtzeitig zurückgekehrt seien und daß der Staat bisher keine wirksame Handhabe hatte, eine Gegenleistung für seine Investitionen zu erhalten. Nach Auskunft eines Vertreters der Staatlichen Bildungskommission kostet jeder Student, der im Ausland studiert, die Regierung pro Jahr 10.000 US-Dollar. Dafür könne

der Staat erwarten, daß der Student nach China zurückkehrt und seinem Vaterland dient (XNA, 24.1.96).

Die Neuregelung sieht folgendermaßen aus: Es wird ein der Staatlichen Bildungskommission unterstehender Stipendienausschuß für Auslandsstudien errichtet. Dieser ist für die Auswahl der ins Ausland zu schickenden Studenten verantwortlich und regelt alle Formalia. Alle ausgewählten Studenten müssen mit dem Stipendienausschuß einen schriftlichen Vertrag schließen, in dem sie sich zur Rückkehr verpflichten und eine Kautions hinterlegen. Kehren sie fristgerecht zurück und tun Dienst für den Staat, erhalten sie die Geldsumme einschließlich Zinsen zurück. Bei Nichteinhaltung des Vertrags muß der Student alle vom Staat für das Auslandsstudium aufgewendeten Mittel zurückzahlen und muß außerdem Strafe zahlen. Überdies sollen Bürgen die wirksame Einhaltung der Verträge gewährleisten. (RMRB, 24.1.96)

Seit Wiedereinführung des Auslandsstudiums Ende der siebziger Jahre stellt die relativ niedrige Rückkehrquote ein ernsthaftes Problem dar. Offiziellen Zahlen zufolge haben seit 1978 etwa 250.000 Chinesen im Ausland studiert, davon gut 120.000 auf Staatskosten. Nur etwa 70.000, also weniger als ein Drittel, sind nach China zurückgekehrt. (XNA, 24.1.96) In den vergangenen Jahren war immer wieder die Forderung erhoben worden, von den nicht zurückkehrenden Auslandsstudenten die staatlicherseits gewährten Ausbildungskosten zurückzufordern. Doch dürfte die Eintreibung der Gelder in der Praxis schwierig gewesen sein. Kautions und Bürgen stellen wirksamere Methoden dar, den Staat auf seine Kosten kommen zu lassen. -st-

*(17)

Beginn der Stellensuche für diesjährige Hochschulabsolventen

In diesem Frühsommer werden etwa 866.000 Studenten Examen machen, darunter 36.000 Postgraduierte. Da der Staat für die Mehrzahl von ihnen das Studium finanziert hat, ist er auch verpflichtet, ihnen einen Arbeitsplatz zuzuteilen (XNA, 15.12.95; 6.1.96). Dies ist allerdings nicht immer einfach, weil sich viele Staatsbetriebe in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden und viele staatliche Stellen Personal abbauen. Außerdem müssen die Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt die Konkurrenz von Absolventen zweijähriger

Fachhochschulen und von Berufsschulen gewärtigen. Dennoch geht das Personalministerium davon aus, daß alle eine Stelle finden werden und die Situation besser ist als im vergangenen Jahr. 1995 verließen 895.000 Studenten die Hochschulen, so viele wie nie zuvor seit 1949. Nicht alle von ihnen sollen einen Job gefunden haben. (XNA, 16.1.96) Etwa 6.000 Hochschulabsolventen werden in ca. 400 staatlichen Einrichtungen unterkommen, d.h. in Staatsbetrieben sowie wissenschaftlichen Instituten und Universitäten. Für diejenigen, die keine dieser immer noch bevorzugten staatlichen Stellen erringen konnten, organisiert der Staat "Talentbörsen", auf denen Bewerber und Arbeitgeber miteinander in Kontakt treten können (ebd. u. XNA, 9.1.96).

In Shanghai haben immer noch Absolventen mit Fremdsprachen- und Computerausbildung sehr gute Chancen. Die besten Aussichten sollen im Banken- und Finanzsektor sowie in den Bereichen Verkehr, Kommunikation, Aeronautik und Astronautik bestehen. 1995 sollen 12 Prozent der Shanghaier Hochschulabsolventen Jobs in ausländischen Unternehmen und Joint Ventures gefunden haben. (XNA, 12.1.96)

In den nächsten Jahren wird der Staat zunehmend von der Verpflichtung entbunden sein, den Hochschulabsolventen Stellen zu besorgen. Seit 1994 müssen Studenten mehr und mehr Studiengebühren zahlen, d.h. ihr Studium selbst finanzieren oder sich von dritter Seite finanzieren lassen. Sie müssen sich nach dem Studium selbst einen Arbeitsplatz suchen. Mit Beginn des Studienjahres 1996/97 werden etwa 500 Universitäten und Hochschulen, also rund die Hälfte, Studiengebühren erheben (XNA, 23.1.96). -st-

*(18)

Skandal um Zustände in chinesischen Waisenhäusern

Anfang Januar hat Human Rights Watch/Asia einen 330 Seiten umfassenden Bericht herausgebracht, in dem die Zustände in Chinas staatlichen Waisenhäusern angeklagt werden. In dem Bericht wird der Vorwurf erhoben, daß in den staatlichen Waisenhäusern jährlich mehrere tausend Waisenkinder (60-90 Prozent der Insassen in staatlichen Waisenhäusern) sterben, weil das Pflegepersonal sie vernachlässigt oder mißhandelt, verhungern läßt oder ihnen medizinische Versorgung vorenthält.

Dabei wird eines der angeblich besten Waisenhäuser Chinas, das Shanghaier Wohlfahrtsinstitut für Kinder, unter die Lupe genommen. Human Rights Watch stützt sich auf offizielle Dokumente, Fotos und Zeugenaussagen. Das Material wurde der Menschenrechtsorganisation von Frau Zhang Shuyun zugespielt, einer Ärztin, die von 1988 bis 1993 in dem Shanghaier Waisenhaus beschäftigt war. Sie soll 1995 über Hongkong in die USA geflohen sein und diente Human Rights Watch als Hauptzeugin. (SCMP, 7.1.96)

Konkrete Anschuldigungen lauten, daß viele Kinder eines nicht natürlichen Todes gestorben seien, daß die Kinder offensichtlich an Unterernährung und unterlassener medizinischer und sonstiger Versorgung gestorben seien, daß insbesondere geistesranke Kinder in sog. Todesräumen ihrem Schicksal überlassen worden seien, daß Kinder an ihren Betten festgebunden dahinvegetierten usw. Besonders häufig sollen Mädchen betroffen sein, die in China nicht selten nach der Geburt ausgesetzt werden, weil Ehepaare immer noch Jungen bevorzugen. Ähnliche Zustände wie in dem Bericht werden auch in einem Fernsehfilm gezeigt, den ein britisches Team in Guangdong drehte (SCMP, 7. u. 8.1.96).

Der Bericht hat sowohl im Ausland als auch in China heftige Reaktionen hervorgerufen. Während sich das Ausland schockiert zeigt, werden die Vorwürfe in China von offizieller Seite zurückgewiesen und als reine Erfindung abgetan. Die Fotos werden als Fälschung und die Aussagen von Frau Zhang als Lügen bezeichnet. Human Rights Watch werden politische Motive und Verunglimpfung des chinesischen Volkes vorgeworfen. Den britischen Fernsehfilm wies ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums als "böswilligen Angriff auf China" zurück (*Zhongguo Xinwen She*, Beijing, 9.1.96, nach SWB, 11.1.96). Journalisten und Diplomaten wurden eingeladen, das Shanghaier Waisenhaus selbst in Augenschein zu nehmen und sich davon zu überzeugen, daß dort alles in Ordnung sei (Xinhua, chin., 8.1.96, nach SWB, 10.1.96; SCMP, 25.1.96). Den Besuchern gegenüber wurde die Behandlung der Waisen als einwandfrei und vorbildlich geschildert. Auch Todesfälle wurden zugegeben, aber damit begründet, daß die Kinder häufig in einem so schlechten gesundheitlichen Zustand ins Heim kämen, daß keine Rettung mehr möglich sei.

Die Frage ist, wie beweiskräftig das der Menschenrechtsorganisation zur Verfügung stehende Material war und ob die Berichte von Frau Zhang glaubwürdig waren. Es ist richtig, daß Fotos und Filmaufnahmen gefälscht sein können, und es ist auch bekannt, daß Flüchtlinge oder Asylsuchende zu Übertreibungen neigen. Dennoch ist im vorliegenden Fall davon auszugehen, daß sich die Menschenrechtsorganisation auch anderwärtig informiert und rückversichert hat. Es gibt - und gab übrigens auch in der Vergangenheit - immer wieder Hinweise und Bestätigungen über die katastrophalen Zustände in chinesischen Waisenhäusern. Daß die Berichte über das Shanghaier Wohlfahrtsinstitut für Kinder nicht aus der Luft gegriffen sind, ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß das Personal dieser Institution mehr als einmal versucht hat, die dortigen Zustände publik zu machen, und daß die Shanghaier Behörden im Jahre 1991/92 sogar eine offizielle Kommission in das Heim schickten, die die ihnen über einzelne Angestellte zu Ohren gekommenen Unregelmäßigkeiten untersuchen sollte. Auch eine Gruppe von Abgeordneten des Shanghaier Volkskongresses soll sich der Vorfälle angenommen haben. Beide Untersuchungsgruppen sollen die Vorwürfe weitgehend bestätigt gefunden haben. Sie fanden außerdem heraus, daß der damalige Direktor Han Weicheng Spendengelder aus dem Ausland und Adoptionsgebühren in Höhe von US\$ 80.000 veruntreute. Doch der Direktor muß gute Beziehungen zu den höchsten Autoritäten in Shanghai gehabt haben, jedenfalls stellte sich die politische Führung hinter Han, und der Fall brach zusammen. Es wurde eine Nachrichtensperre verhängt und das kritische Personal, darunter auch Frau Zhang, vom Dienst suspendiert. Doch damit nicht genug: Auch die 14 Abgeordneten, die sich an der Untersuchung beteiligt hatten, verloren auf Geheiß der Behörden ihr Volkskongreßmandat. (Vgl. dazu ausführlich SCMP, 7.1.96.)

Die Reaktionen der offiziellen chinesischen Stellen sind schwer zu verstehen. Warum reagiert man so empfindlich und warum werden die Vorfälle geleugnet? Es ist ja nicht so, daß in China derartige Zustände, wie sie aus chinesischen Waisenhäusern jetzt bekannt wurden, nicht auch verurteilt würden. Verhalten, wie es dem Pflegepersonal des Shanghaier Waisenhauses vorgeworfen wird, wird auch nach den chinesischen Gesetzen unter Strafe gestellt. Warum ist man den Unregelmäßigkeiten

nicht nachgegangen und hat man keine offizielle Untersuchung der Vorfälle angeordnet? Dies wäre eine angemessene Reaktion gewesen. Doch offensichtlich spielen für den Außenstehenden nicht ganz erkennbare Gründe eine Rolle, z.B. sicherlich persönliche Beziehungen. Ein entscheidendes Motiv dürfte jedoch gewesen sein, daß man in China in bezug auf Menschenrechte, noch dazu, wenn sie vom Ausland angemahnt werden, besonders empfindlich reagiert. China unterschreibt nicht den universalen Menschenrechtsbegriff, sondern nimmt für sich eine spezifisch chinesische Interpretation der Menschenrechte in Anspruch. -st-

*(19)

China verbietet öffentliche VCD-Vorführungen

In den letzten Wochen gehen die chinesischen Behörden massiv gegen sog. Video-CD- oder Laser-Disc-Salons vor, die im ganzen Land entstanden sind. Es handelt sich bei diesen "Salons" um kommerziell betriebene Unternehmen, die angeblich vorwiegend geschmuggelte Spielfilm-CDs vor einem öffentlichen Publikum zeigen. Die Behörden gehen davon aus, daß in diesen Salons zumeist Pornofilme gezeigt werden und die Besucher durchweg Jugendliche sind. Deshalb haben sie die VCD-Salons für illegal erklärt und in der ersten Januarhälfte bereits 95 Prozent der 5.000 Salons dieser Art, die es im ganzen Land geben soll, geschlossen. Zugleich wurden Razzien durchgeführt, um den illegalen Handel mit solchen Videos zu unterbinden. Als Grund für das rigorose Vorgehen wurde angeführt, daß die geschmuggelten Videos die Jugend verdürben und Copyrights verletzen. (XNA, 31.12.95 u. 19.1.96) Es fällt auf, daß China das Copyright besonders ernst nimmt, wenn Pornographie vermutet wird.

Bereits im Jahre 1990 war ein vorläufiges Verbot der Einfuhr und Vorführung von Spielfilm-CDs ergangen, dem 1994 entsprechende Vorschriften folgten, die das kommerzielle Vorführen von Audio- und Videoprodukten verbieten. Offensichtlich müssen die Verbote von Zeit zu Zeit immer wieder durch verschärftes polizeiliches Durchgreifen bekräftigt werden. Das gegenwärtige Vorgehen gegen die CD-Salons ist Teil einer umfangreichen Säuberung des "Kulturmarktes", die seit Wochen mit entsprechender propagandistischer Belegmusik läuft. Die Presse hat das

Thema aufgegriffen und spricht vom Kampf gegen das "elektronische pornographische Gift" (s. RMRB u. GMRB im Dez. 1995, z.B. GMRB, 22.12.95). Dabei wird durchweg unterstellt, daß die ungunstigen Tendenzen auf dem chinesischen Kulturmarkt aus dem "dekadenten" Ausland nach China eindringen. -st-

Außenwirtschaft

*(20)

Stärkere Kontrolle ausländischer Wirtschaftsinformationen

Mitte Januar setzte der Staatsrat die Nachrichtenagentur Xinhua (Neues China) als Kontrollorgan für die Weitergabe von Wirtschaftsinformationen ausländischer Nachrichtenagenturen in China ein. Mit dem Rundschreiben des Staatsrates werden die ausländischen Nachrichtenagenturen dazu aufgefordert, eine Genehmigung bei der Xinhua zu beantragen, wenn sie oder mit ihnen verbundene Informationsdienste Wirtschaftsinformationen in China veröffentlichten wollen.

Ebenso wie bei dem Vertrieb von ausländischen Büchern und Zeitschriften wird mit dem neuen Bestimmungen der Versuch unternommen, das staatliche Monopol aufrechtzuerhalten.

Das Rundschreiben des Staatsrates schließt aus, daß sich die ausländischen Nachrichtenagenturen bzw. die mit ihnen verbundenen Informationsdienste direkt an Benutzer wenden und Abonnenten werben dürfen; auch über ein Joint Venture-Unternehmen mit einem chinesischen Partner wird dies nicht zugelassen.

Sollten Informationen in China an Abonnenten durch ausländische Nachrichtenagenturen bzw. ihre Informationsdienste weitergegeben werden, die sich auf gesetzeswidrige Aktivitäten beziehen, oder sollten Informationen China verleumden oder die nationalen Interessen Chinas verletzen, wird die Xinhua dazu ermächtigt, zusammen mit den entsprechenden Stellen dagegen vorzugehen.

Chinesische Regierungsabteilungen auf den verschiedenen administrativen Ebenen sowie Unternehmen und sonstige